A2 Die Stadt gehört uns allen!

Gremium:	Vorstand GJ Köln
Beschlussdatum:	08.06.2017
Tagesordnungspunkt:	3.1. Öffentlicher Raum

Die Stadt gehört uns allen! Deshalb ist es unumgänglich, dass wir dafür einstehen, den öffentlichen Raum mitgestalten zu können, anstatt den Status Quo einfach hinzunehmen. Für uns ist die Stadt ein Ort der Kultur, des guten Lebens und der Freiheit. Doch diese Freiheit müssen wir stetig ausbauen, erweitern und nach unseren Vorstellungen gestalten.

Für das Recht auf Wegbier!

Die Grüne Jugend Köln setzt sich gegen Alkoholverbote im öffentlichen Raum ein. Egal ob auf dem Weg zum Club, beim Picnic im Park oder nach der Arbeit auf dem Weg nach Hause, wo und wann Menschen Alkohol konsumieren wollen, ist ihre private Entscheidung. Wir stellen uns daher gegen die Einschränkung des Wegbiers und des Trinkens an öffentlichen Orten und fordern stattdessen die Anbringung von Pfandkästen oder -rädern an Mülleimern. So wird nicht nur vermieden, dass Flaschen die Straßen versschmutzen, sondern gibt auch Menschen, die auf das Sammeln von Pfandflaschen angewiesen sind, die Möglichkeit, diese Flaschen einzusammeln, ohne in Mülleimer und Mülltonnen greifen zu müssen.

Pinkeln für die Freiheit!

Wir fordern die Errichtung von mehr öffentlichen, kostenfreien Toiletten an Orten, an denen sich viele Menschen aufhalten. Dabei müssen endlich auch Toiletten für Frauen kostenfrei zugänglich werden. Indem man Frauen nicht die Möglichkeit gibt, kostenfreie Toiletten nutzen zu können, während man für Männer kostenlose Urinale einrichtet, wird für Frauen der Zugang und vor allem die Nutzung von öffentlichen Räumen eingeschränkt und mit Kosten verbunden. Auch ist es absolut unzumutbar, dass nur in den kostenpflichtigen Toiletten gewickelt werden kann. Auch Kinder und Menschen mit Kindern haben das Recht, sich an öffentlichen Orten aufhalten zu können! Außerdem fordern wir die Einführung geschlechtsneutraler öffentlicher Toiletten, die natürlich ebenfalls kostenfrei zu sein haben.

Mehr Grillplätze

Sommerzeit ist Grillzeit und viele Menschen, die in Köln wohnen, haben nicht die Möglichkeit, zuhause zu grillen. Daher muss die Zahl der öffentlichen Grillflächen ausgebaut werden. Grillen ist ein großartiger Anlass, Zeit im Grünen mit Familie, Freund*innen und Partner*innen zu verbringen. Um zu verhindern, dass mehr Grillflächen zu mehr Verschmutzung der Grünflächen führen, ist es notwendig, genug Mülltonnen aufzustellen. Dazu gehören vor allem auch Aschetonnen, welche die ordnungsgemäße Entsorgung von Grillasche ermöglichen.

Mehr legale Sprayflächen und Reverse Graffiti

Die Grüne Jugend NRW stellt sich gegen die Kriminialisierung von Sprayen und Reverse Graffiti an öffentlichen Flächen. Alternative Kunst und Kultur sollte immer als Bereicherung für eine Stadt gesehen werden und als eine Möglichkeit, den öffentlichen Raum mitzugestalten. Es ist wichtig, diverse Kunst- und Kulturformen zu fördern, statt sich nur auf die traditionelle, meist konservativ

geprägte Kunst- und Kulturszene zu konzentrieren. Daher fordern wir, dass mehr Flächen in Köln zu legalen Sprayflächen erklärt werden, wo Sprayer*innen ihre Kunst im öffentlichen Raum praktizieren und darstellen können.

Autofreie Innenstadt

Autos verstopfen nicht nur die Innenstadt und stellen eine Gefahr für Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen dar, ihre Abgase führen auch zu gesundheitlichen Schäden. Wir wünschen uns eine Stadt, in der zu Fuß gehen nicht mehr gefährlich und anstrengend, sondern stattdessen eine Form der Nutzung von öffentlichem Raum ist. Daher fordern wir die Erweiterung der autofreien Innenstadt, um mehr Straßen autofrei zu machen.

Konzepte für Urban Gardening

Viele Flächen in Köln liegen brach und werden nicht genutzt, obwohl sie viel Potential haben. Deshalb setzen wir uns für die Einrichtung von Urban Gardening Konzepten in Köln ein, sowie für die Möglichkeit, an brachliegenden öffentlichen Flächen Gemeinschaftsgärten zu errichten. Solche Projekte fördern positive Nachbarschaftsverhältnisse und geben Menschen ohne Gärten oder Balkone, die Chance, selbst zu gärtnern. Gleichzeitig bieten Urban Gardening Konzepte auch die wunderbare Möglichkeit, Kindergartengruppen, Schulklassen etc. mit dem Anbau von Gemüse und co. vertraut zu machen. So können auch auch die jüngsten Bewohner*innen der Stadt ihren Lebensraum mitgestalten und gleichzeitig auch noch etwas im außerschulischen Unterricht ~~zu~~(oder dazu?)lernen.

Für das Recht auf Sitzen

Die Innenstadt verfügt noch immer über schockierend wenig Möglichkeiten, sich hinzusetzen, eine Pause zu machen, oder auch einfach ein wenig zu verweilen. Damit öffentlicher Raum auch genutzt werden kann, sind Sitzmöglichkeiten jedoch eine wichtige Voraussetzung. Die Grüne Jugend Köln setzt sich aus diesem Grund weiterhin für mehr Bänke in der Innenstadt und an viel bevölkerten Plätzen ein! Diese Bänke können gleichzeitig der legalen öffentlichen Kunst zur Verfügung gestellt werden, was die Stadt bunter, lebhafter und individueller machen würde.

Betonwüsten bekämpfen

Eine Großstadt muss nicht automatisch eine Betonwüste sein. Freie Grünflächen und Wäldern dürfen nicht immer weiter dem Ausbau der Stadt zum Opfer fallen! Ebenfalls müssen zubetonierte Plätze wie der Breslauer Platz erneuert und grüner gestaltet werden. Plätze haben in Städten keinen Selbstzweck, sie sind öffentliche Flächen, die dafür da sind, dass Menschen sich auf ihnen gerne aufhalten und sie in diverser Art nutzen können. Dafür braucht es Grünflächen, Sitzgelegenheiten und Bereiche, die explizit für Hunde oder Kinder zur Verfügung gestellt werden.

Wohnungsbau ist wichtig, jedoch muss er ökologisch verträglich und vor allem sozial sein. Das bedeutet, dass vor allem sozialer Wohnungsbau in allen Veedeln betrieben werden muss, um einer Gehttoisierung entgegenzuwirken. Außerdem fordern wir, dass Grundstückseigentümer*innen, die ihre Grundstücke und Gebäude absichtlich leer stehen lassen, zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Es ist nicht tragbar, dass Wohnraummangel und Leerstand in einer Stadt einhergehen. Daher solidarisiert sich die Grüne Jugend Köln auch mit Hausbesetzungen, die durch ihre Aktionen auf dieses tiefgreifende Problem aufmerksam machen.